

Größer könnte die Blamage nicht ausfallen



Von **Andreas Rosenfelder**

Chefkommentator und Ressortleiter Meinungsfreiheit

Stand: 01.12.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Gelübde der Läuterung und Unterwerfung: Marie-Christine Ostermann, Präsidentin des Verbandes der Familienunternehmer

Quelle: Florian Gaertner/photothek.de/picture alliance

Nach dem Vorstoß der Familienunternehmer, auch mit AfD-Abgeordneten zu reden, leistet die Präsidentin öffentlich Abbitte. Dass der Verband einem linken Shitstorm nachgibt, ist für die politische Kultur Deutschlands eine Katastrophe

Die kritische Auseinandersetzung ist das entscheidende Merkmal einer lebendigen Demokratie. Ganz anders verhält es sich allerdings mit der öffentlichen Selbstkritik. Ihre Blütezeit erlebte diese unheimliche Gattung in Stalins Sowjetunion und Maos China. Die Elemente waren streng vorgegeben: ein klares Bekenntnis zur eigenen Schuld, die schonungslose Beschreibung des ideologischen Fehlverhaltens sowie des verursachten Schadens – und, als wichtigster Baustein, ein Gelübde der Läuterung und Unterwerfung. Durch die erniedrigende Selbstanklage wurde die Ordnung nach einer Störung nicht einfach nur wiederhergestellt, sondern noch zusätzlich bekräftigt.

Liest man die jüngste [Erklärung der Präsidentin des Familienunternehmerverbandes \(https://www.familienunternehmer.eu/presse-news/pressemitteilungen/detail/kurskorrektur-zum-umgang-mit-der-afd.html\)](https://www.familienunternehmer.eu/presse-news/pressemitteilungen/detail/kurskorrektur-zum-umgang-mit-der-afd.html) , so findet man – auch wenn wir nicht im Stalinismus oder Maoismus leben – alle Kennzeichen ritueller Selbstkritik. Die Präsidentin Marie-Christine Ostermann widerruft darin öffentlich ihre eine Woche zuvor verkündete Entscheidung, künftig auch AfD-Abgeordnete zum Parlamentarischen Abend des Verbandes einzuladen. Bekenntnis der Schuld: „Wir erkennen an, dass sich diese Einladung als Fehler erwiesen hat und nicht zu dem geführt hat, was wir beabsichtigt haben.“ Beschreibung des Schadens: „Leider ist öffentlich – auch durch Äußerungen der AfD – der falsche Eindruck entstanden, dass wir die Partei stärken wollten.“ Gelöbnis der Besserung: „Klar ist auch: Wir werden uns auch in den kommenden Landtagswahlen klar und sichtbar gegen die AfD positionieren.“

Mit dieser trostlosen Kapitulation wird der Mut des Wirtschaftsverbandes, auch AfD-Abgeordnete zur kritischen Auseinandersetzung über wirtschaftspolitische Fragen einzuladen, nicht nur neutralisiert. Durch die Selbstbezeichnung wird zugleich ein Exempel statuiert, das allen zur abschreckenden Mahnung dienen soll, die in Zukunft auf die Idee kommen könnten, es wäre sinnvoll, die inhaltliche Diskussion mit der zweitgrößten Fraktion des Deutschen Bundestags zu suchen.

Meinungen sind keine Testballons

Größer könnte die Blamage nicht ausfallen. Denn sie lässt auch das ursprüngliche Statement der Verbandspräsidentin in einem neuen Licht erscheinen. „Empörung allein hat sich als politische Strategie erschöpft“, so hatte Ostermann [am 24. November erklärt \(https://www.familienunternehmer.eu/presse-news/pressemitteilungen/detail/familienunternehmer-zum-umgang-mit-der-afd.html\)](https://www.familienunternehmer.eu/presse-news/pressemitteilungen/detail/familienunternehmer-zum-umgang-mit-der-afd.html) : „Die Hoffnung, man könne ein Viertel der bundesdeutschen Wähler durch moralische Ausgrenzung zur Umkehr bewegen, ist nicht aufgegangen. Jetzt hilft nur noch die Auseinandersetzung mit den Inhalten der AfD, jenseits von schlichten Kategorisierungen in ‚gut‘ und ‚böse‘.“ Übrigens ließ Ostermann schon damals nicht den Hauch eines Zweifels daran aufkommen, dass der Verband „keine Regierung mit AfD-Beteiligung“ will, dass das „Weltbild“ der Partei nicht zu seiner „freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Grundüberzeugung“ passt und dass die Diskussion „mit einem Andersdenkenden“ nicht etwa heißt, „seine Positionen zu akzeptieren“.

All das war sachlich hundertprozentig richtig und gehört, abstrahiert man kurz von den Absurditäten der deutschen Debatte, zum kleinen Einmaleins politischer Vernunft. Doch wenn man diese Auffassung vertritt, dann muss man – gerade als Unternehmer – den Shitstorm der professionellen Empörungs-Strategen einkalkulieren und natürlich auch aushalten. Meinungen sind keine Testballons, die man ängstlich aufsteigen lässt, um sie bei Beschuss schnell wieder zurückzuholen – auch wenn das im Zeitalter der nachträglichen Löschungen, Distanzierungen und Entschuldigungen zum gängigen Schema geworden ist.

Durch den Rückzug belohnt der Familienverband jene paranoide Verdachtslogik, die nicht nur jeden Kontakt zu AfD-Politikern untersagt, sondern inzwischen auch schon den Kontakt zu jenen, die gegen dieses Kontaktverbot verstoßen: Ächtung zweiter Ordnung. Das bizarrste Beispiel dieser ihrem Wesen nach antidemokratischen Mobilmachung ist der Boykottaufruf der Kampagnen-NGO „Campact“ gegen die Drogeriemarktkette dm, weil deren Chef es für statthaft erklärt hatte (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/brandmauer-afd-familienunternehmer-widerstand-wirtschaft-li.3341585?reduced=true>) , Vertreter aller im Parlament vertretenen Parteien zu einem parlamentarischen Abend einzuladen: „Hier bin ich Mensch – hier kauf ich NICHT mehr ein, wenn ihr weiter mit Rechtsextremen sprecht“, so lautete die Social-Media-Propagandabotschaft von „Campact“, übrigens ironischerweise Gründungsgesellschafter des mit Steuergeldern geförderten „Trusted Flaggers“ HateAid, der sich den Kampf gegen „Hass im Netz“ auf die Fahnen schreibt.

Dass die ehrwürdigen Familienunternehmer nun dem von linken NGOs mobilisierten Hass im Netz nachgeben, ist für die politische Kultur Deutschlands eine Katastrophe. Denn die Diagnose, dass die Strategie der Tabuisierung und Ausgrenzung offensichtlich nicht mehr funktioniert, wird dadurch ja nicht widerlegt. Im Gegenteil teilt eine wachsende Anzahl von Bürgern, darunter etliche Handwerker und Unternehmer, diese Ansicht und wünscht sich eine sachliche Auseinandersetzung mit der AfD – ohne sich deshalb die Positionen der Protestpartei schon zu eigen zu machen. Auch diese Leute, die auf einen anderen, problembezogenen Fokus in unseren Debatten hoffen, werden durch das bürgerliche Trauerspiel um den Familienunternehmerverband aus dem Spielfeld der Demokratie herausgedrängt.

Formal wird die herrschende Ordnung des Diskurses durch den Rückzieher des Unternehmerverbandes bestätigt. Tatsächlich aber – und das gilt für jede allzu symbolische, allzu offenkundig erzwungene Selbstbezichtigung – bekommt diese Ordnung dadurch noch ein paar Brüche und Risse mehr.
